

Arbeitslosendienst

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 9. Oktober 1929

Nummer 81

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Da der Wortlaut der vom Reichstag am 3. Oktober mit 288 gegen 155 Stimmen (bei 40 Enthaltungen) verabschiedeten „Reform der Arbeitslosenversicherung“ voraussichtlich erst Ende Oktober amtlich bekanntgegeben werden dürfte, seien nachstehend die in Frage kommenden Beschlüsse kurz skizziert.

Die Erhöhung der Beiträge ist zunächst verschoben. Nachdem infolge der Haltung der Deutschen Volkspartei im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages der Regierungsvorschlag auf Erhöhung der Beiträge von 3 auf 3½ Proz. des Lohnes abgelehnt war, zog die Reichsregierung diesen Teil des Entwurfs zurück. Es ist beabsichtigt, die Beitragsfrage im Zusammenhang mit der großen Finanzreform zu regeln. Verabschiedet sind daher nur die auf die Durchführung der Versicherung und die auf die Versicherungsleistung bezüglichen Teile des Entwurfs.

Ein Teil der Beschlüsse ist lediglich verwaltungstechnischer Art und berührt den Versicherungsanspruch nicht. Ein anderer Teil stellt Verbesserungen dar, z. B. die Einbeziehung „höherer oder leitender“ Angestellter in die Versicherung. — Die schärfere Fassung des Begriffs „Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter“, um unberechtigte Versicherungen zu verhindern. — Die Verbesserung bei Überweisung Arbeitsloser an ein anderes Arbeitsamt. — Die Rückzahlung irtümlich entrichteter Beiträge. — Die Befugnis des Arbeitsministers, künftig anzuordnen, daß den Arbeitsämtern die Besetzung von Arbeitsplätzen gemeldet werden muß.

Eine Reihe weiterer Beschlüsse umfaßt wenig einschneidende Änderungen, z. B.: die Berechnung der für die Unterfütterungshöhe maßgebenden Lohnklasse erfolgt künftig nach dem Durchschnittslohn der letzten 26 Arbeitswochen, statt bisher der letzten 13 Arbeitswochen. — Die Pflichtversicherung der Lehrlinge tritt künftig bereits 52 statt bisher 26 Wochen vor Ablauf des Lehrvertrages ein. — Übergebensbestimmungen sichern, daß sich die Bestimmung erst ab Oktober 1930 auswirkt. — Der Arbeitgeber kann für vorzähllich oder fehlerhaft falsche Angaben ersatzpflichtig gemacht, eventuell auch bestraft werden. — Die Verurteilung im Streitverfahren wird eingeschränkt, wobei jedoch für grundsätzliche Entscheidungen die Berufungsmöglichkeit bestehen bleibt.

Die Beschlüsse, die insbesondere die Abstellung einer Reihe auch von Arbeitgeberseite empfundener Mißstände zum Ziele haben, beziehen sich auf folgendes: „Geringfügige Beschäftigung“ soll künftig dann versicherungsfrei sein, wenn sie von Personen ausgeübt wird, die nicht berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig sind, und auch in diesen Fällen nur dann, wenn die Beschäftigung weniger als wöchentlich 24 Stunden oder wenn das Arbeitsentgelt weniger als wöchentlich 8 M. beträgt. Kurzarbeit berührt den Versicherungsanspruch natürlich nicht. Es ist gelungen, die Fassung der Vorlage erheblich zu verbessern. — „Unständig Beschäftigte“ sollen künftig nur versicherungspflichtig sein, soweit der Verwaltungsrat die Versicherung der einzelnen Gruppen zuläßt. Dabei ist nicht an ein Ausschalten solcher Personengruppen gedacht, die der Natur ihrer Arbeit nach stets „unständig“ beschäftigt werden, wie Hafenarbeiter, Berufsmüller usw. Gedacht ist nur an ein Ausschalten solcher Personen, die nur gelegentlich und unständig arbeiten, im übrigen aber ihren Lebenserwerb aus andern Quellen decken. — „Seimarbeiter“ bleiben grundsätzlich in der Versicherung, doch soll der Verwaltungsrat befugt sein, einzelne Gruppen herauszunehmen oder die Versicherungspflicht „abweichend“ zu regeln. In den beiden letzten Fällen handelt es sich um Rahmenvorschriften, die Durchführung hängt von noch zu fassenden Beschlüssen des Verwaltungsrats ab. — Der Verdienst eines Arbeitslosen aus „Gelegenheitsarbeit“ soll künftig darauf auf die Unterfütterung angerechnet werden, daß Verdienst und Unterfütterung zusammen 120 Proz. der Vollunterfütterung nicht übersteigen. — Für Versicherte, die regelmäßig weniger als 24 Stunden wöchentlich arbeiten (ausgenommen ist hier natürlich die Kurzarbeit), sollen für den Erwerb der Anwartschaft je zwei derart kurze Arbeitstage für einen Tag gerechnet werden.

Eine Reihe weiterer Änderungen berühren den Versicherungsanspruch stärker. Die „Sperrfristen“ werden verschärft. Grundsätzlich beträgt die Sperrfrist bei unberechtigter Aufgabe der Arbeit oder unberechtigter Nicht-

annahme angebotener Arbeit wie bisher vier Wochen. Die Sperrfrist soll aber in mildereren Fällen bis auf zwei Wochen beschränkt und in schwereren, besonders in Wiederholungsfällen, auf acht Wochen verlängert werden können. Alle hierüber hinausgehenden Anträge wurden abgelehnt. Verschleiert ist der Ablauf der Sperrfristen. Während sie bisher einfach kalendermäßig und unkontrolliert ablaufen konnten, sollen sie künftig nur während einer kontrollierten Arbeitslosigkeit ablaufen, oder aber während einer Arbeitsperiode, wobei dann je drei Arbeitstage gleich einen verfallenden Sperrtag gelten. — Der Begriff der „Arbeitslosigkeit“ ist dahingehend umschrieben, daß als arbeitslos nur gilt, wer nicht im Beschäftigungsverhältnis stehend, nicht „den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender erwirbt, oder durch Fortführung eines bestehenden Betriebes erwerben kann“. Die Kannbestimmung bietet eine nicht unerhebliche Gefahr, um so mehr, als auch arbeitslose Angehörige („Ehegatten, Eltern, Voreltern, Abkömmlinge oder Geschwister“ — Voraussetzung ist allerdings der „gemeinsame Lebensunterhalt“ der Betroffenen) eines solchen Eigentümers unter diese Bestimmung fallen können. — Bei Verschiedenheit von Arbeits- und Unterfütterungsort soll dann, wenn das Lohnniveau am Unterfütterungsort tiefer als am bisherigen Arbeitsort ist, die Unterfütterungshöhe dem Lohnniveau des Unterfütterungsortes angepaßt werden. Die Durchführung dieser Bestimmung ist den Verwaltungsausschüssen überlassen. Für den Vergleich des Lohnniveaus sollen die in dem Beruf des Arbeitslosen maßgebenden Löhne verglichen werden. Sind am Unterfütterungsort diese Berufe nicht vertreten, so sind die Lohnverhältnisse des betreffenden Berufes der näheren oder weiteren Umgebung des Unterfütterungsortes maßgebend. Diese Bestimmungen über die Angleichung an das Lohnniveau des Unterfütterungsortes sind von den Gewerkschaften und auch von der Sozialdemokratie im Reichstag abgelehnt worden.

Der Hauptkampf ging um die beabsichtigten Verschlechterungen bezüglich der Unterfütterungshöhe für solche Arbeitslose, deren Karenzzeit nicht 52 Wochen beträgt, um die verlängerten Wartezeiten, um die Anrechnung der Renten und um die Regelung der Saisonarbeiter. Bezüglich dieser Punkte wurde folgendes beschlossen:

1. Jede unterschiedliche Bemessung der Arbeitslosenunterfütterung nach der Dauer der Anwartschaftszeit unterbleibt. Es bleibt bei der zur Zeit bestehenden Regelung. Neu ist lediglich, daß für die erstmalige Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung eine 52-wöchige Versicherungsdauer innerhalb der letzten zwei Jahre, die dem Eintritt der Arbeitslosigkeit vorangehen, erfüllt sein muß. Diese Bestimmung findet nur Anwendung beim absolut erstmaligen Beanspruchten von Unterfütterung. Bei jeder weiteren im Arbeitsleben eines Versicherten eintretenden Arbeitslosigkeit ist die Unterfütterung nur an den Nachweis einer 26wöchigen Karenzzeit gebunden. Da die Befristung in Zukunft 52 Wochen vor Beendigung der Lehrzeit versichert werden, schädigt sie diese Bestimmung nicht.

2. Die Verlängerung der Wartezeiten, sowohl allgemein, wie für Saisonarbeiter, unterbleibt, nur zwei Änderungen treten ein: Arbeitslose mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen haben künftig statt sieben nur drei Wartetage. Umgekehrt erhöht sich für Arbeitslose unter 21 Jahren, die keine zuschlagsberechtigte Angehörige haben und die in die häusliche Gemeinschaft eines andern aufgenommen sind, die Wartezeit auf 14 Tage.

3. Die Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenunterfütterung erfolgt in der Weise, daß ein Betrag von monatlich 30 M. anrechnungsfrei bleibt, so daß nur der 30 M. überschreitende Rentenbetrag auf die Arbeitslosenunterfütterung angerechnet ist. Bezüglich der Anrechnung der Wartegebühren und der Pensionen bestand von vornherein keine Meinungsverschiedenheit. Auch hier bleibt ein Betrag von 30 M. anrechnungsfrei.

4. Die besondere Regelung der Unterfütterung der Saisonarbeiter erfolgt in der Weise, daß während der Zeit der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit die Unterfütterungshöhe auf die Höhe der Kräfteunterfütterungshöhe gesenkt werden, d. h. Lohnklasse VII sinkt auf Klasse VI, Lohnklasse VIII und IX auf Klasse VII, Lohnklasse X und XI auf Klasse VIII. Damit bleiben die Saisonarbeiter

auch während der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit in der Versicherung, d. h. es findet keine Prüfung der Bedürftigkeit statt. Alle über diese Regelung hinaus beantragten Verschlechterungen für die Saisonarbeiter sind gefallen. Es tritt also weder eine längere Wartezeit ein, noch werden höhere Beiträge erhoben. Der bisher zugrunde gelegte „Berufskatalog“ bleibt bestehen. Ebenso die bisher festgelegten Zeiträume und Beginn und Ende der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit. „Abweichungen“ (von den zur Zeit festgelegten) kann die Reichsregierung nach Anhörung des Verwaltungsrates bestimmen.

Diese kurz skizzierten Beschlüsse umfassen die gesamte Neuordnung, soweit sie die Versicherungsleistung betrifft. Im übrigen ist noch angenommen, daß die Beitragsleistung für die Krankenversicherung der Erwerbslosen um etwa ½ herabgesetzt wird. Um einen Ausweg zu haben, wenn in dem einen oder andern Fall die so weitgehende Senkung der Versicherungsbeiträge unerträglich ist, ist dem Arbeitsminister das Recht gegeben, die Krankenversicherungsbeiträge „abweichend“ zu regeln.

Gau Württemberg

Am 21. und 22. September 1929 hielt der Gau Württemberg seinen 40. Jubiläumstag in Stuttgart im „Charlottenthor“ ab. Die Tagung wurde von dem Gauvorsteher, Kollegen G. Klein, mit einer Ehrung der Kollegen Joseph Seib, Wilhelm Kasper und Friedrich Krudts unter Würdigung ihrer Verdienste um den Verband der Deutschen Buchdrucker eröffnet. Als Gäste konnte der Vorsitzende die beiden Vorsteher unserer Nachbargauen Mittelrhein und Oberrhein, Conrad und Sandfort, und die von den 15 Gauvorstehenden seit Gründung des Gaus noch lebenden Kollegen Wilhelm Sieburg und Franz Feuerstein begrüßen. Außer den genannten Kollegen waren sämtliche Sparten und der Bildungsverband durch ihre Vorsitzenden vertreten, ferner der Ortsausschuß des WGB, durch den Sekretär Steiner, die Lithographen und Steinbrüder und die graphischen Hilfsarbeiter durch ihre Vorsitzenden Dohf und Werner. Der Singschor der Buchdrucker-Gesellschaft Stuttgart gab durch die eindrucksvolle Wiedergabe des Uthmannschen „Sturm“ dem Jubiläumskarakter der Tagung Ausdruck. Eine schriftliche Begrüßung des Gautages durch den Verbandsvorstand mit herzlichen Worten der Anerkennung des Schaffens im Gau und Wünschen treuer Mitarbeit für die Zukunft fand lebhaften Beifall. Die Berlegung der Anwesenheitsliste ergab, daß 58 Vertreter bei der Eröffnung anwesend waren; neun Gauvorstandsmitglieder und drei Neulinge vervollständigten den Gautag. Besonderer Dank für die Einladung sprach Kollege Sieburg, der 80jährige, in jugendlicher Frische aus. Er zog Vergleiche aus der Zeit seiner Tätigkeit zu Anfang der 40er Jahre und heute. Der Erfolg jüngerer Arbeit könnte durch nichts besser bewiesen werden, als durch den Aufstieg unseres Verbandes und Gaus. Lange Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, niedriger Lohn, Mäßigung der Verbandsmitglieder, Schikanen jeder Art waren das Verdammnis jener Zeit. Dementsprechend war die Mitgliederzahl eine geringe. Sechs Vertreter aus der Provinz vertraten noch nicht einmal hundert Kollegen. In Stuttgart waren die Zustände nicht viel besser. Die glatte Taktik in unserem Verband habe es der heutigen Generation leicht gemacht, Gewerkschaftler und Verbandsmitglieder zu sein. Der Redner, der heute noch in den Versammlungen erscheint, enterte reichen Beifall. Kollege Feuerstein, der als Gewerkschaftler schon zur Zeit Sieburgs im Gauvorstand tätig war, führte später dessen Vorkis. Durch seine Wahl in den Reichs- und Landtag wurde er zur Abgabe seiner Ämter genötigt, vertritt aber heute noch durch rege Mitarbeit im „Kor.“ unsere Interessen als Genossenschaftler. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß er die Fühlung mit dem beruflichen und kollegialen Leben keineswegs verloren hat. Auch er zog Vergleiche zwischen heute und der Vergangenheit. Heute sei die Arbeiterschaft ein Machtfaktor innerhalb der Wirtschaft, mit dem gerechnet werden muß, ob auf der andern Seite der Wille dazu vorhanden sei oder nicht. Die Wirtschaftsdemokratie ist eine Folge jünger Aufbaubarkeit und kann nicht durch Schlagworte vereint und beseitigt werden. Auch seine Darlegungen fanden Beifall. Kollege Conrad (Mannheim) überbrachte Grüße des Gaus Mittelrhein, der schon

Zahrzehnte in treuer Mitarbeit mit dem Gau Württemberg verbunden ist. Kollege Sandfort (Freiburg) unterließ diesen Zusammenhalt im Süden und Südwesten durch den Hinweis auf die vorbildliche Arbeit, die der Vorsitzende des Gau Württemberg als Tarifvertreter für die beiden vertretenen Gauen getan habe. Auch er wünscht gleich Conradi, daß das gute Verhältnis in unsern Gauen in Zukunft weiterbestehen bleiben möchte. Der Vorsitzende Dohl von den Lithographen und Steinbrudern und Wenzler von den Hilfsarbeiten überbrachten die Wünsche und Grüße ihrer Organisationen. Letzterer richtete die Bitte an die Kollegen, wo es ihnen durch eigene Kraft nicht möglich sei vorwärtszukommen, möchten wir ihnen behilflich sein, wie es seitler schon immer gewesen sei zum Nutzen der Arbeiter und der Gewerkschaften als deren Vertretung. Auch der ADGB. ließ den Gautag begrüßen.

Kollege Klein dankte den Rednern in freundlichen Worten und erstattete nach Erledigung einiger geschäftlicher Formalitäten unter Vorsitz des Kollegen Schröder den Bericht über den Stand des Gaus. Er schickte voraus, daß die Gantage nicht mehr die Bedeutung der früheren haben. Das ist eine Folge der Zentralisierung im Unterstufungsweesen. Seit unserm letzten Gantag haben zwei große Probleme ihre gesetzliche Festlegung erfahren: es sind die Arbeitsgerichte und das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Durch deren Einführung sind manche strittige Punkte geregelt, aber auch neue aufgetaucht. Die Rationalisierung lege dem Staate die Pflicht auf, nicht nur für die Industrieflecken Sorge zu tragen; vielmehr seien es viele Arbeiter, die durch die Umstellung im Produktionsprozeß um Arbeit und Brot kamen. Statt hier regeln einzugreifen, sei es die bürgerliche Mehrheit in der Regierung, die, durch Parteirücksichten gebunden, daran gehen wolle, die nur zum Notwendigsten reichende Arbeitslosenversicherung noch mehr zu beschränken und abzubauen. Würde es gelingen, durch Abbau der Arbeitslosenversicherung das Geld noch mehr in die Arbeiterkreise zu tragen, so würde bitterste Not dort einkehren. Statt den Opfermut der Arbeiter, die gewillt sind, durch Beitragssteigerung ihren Teil zur Aufrechterhaltung der jetzigen Versicherung beizutragen, anzuerkennen und mitzumachen, werde jede Erhöhung verweigert. Daß unsere Arbeitgeber auf ihrer Mainzer Tagung sich mit den ablehnenden Bektörden einig erklärten, zeigte deren Entscheidung im 3. Absatz: „Die Befandlung der dringenden notwendigen Reform der Arbeitslosenversicherung in letzter Zeit läßt erkennen, daß nicht das Wohl des Ganzen, sondern daß die Rücksicht auf seine einzelnen Wirtschaftsteile ausschlaggebend sein soll.“ Dabei zeige der jetzige Geschäftsgang in allen Berufen, und nicht in letzter Linie in unserm Gewerbe, daß die gesunkene Kaufkraft, durch zu niedere Löhne herbeigeführt, den Inlandsmarkt zum Erliegen bringe. In erster Linie sind es jene Berufe, die nicht Lebensmittel herstellen, welche am meisten unter diesem Zustand leiden, dazu gehören wir Buchdrucker. Wenn das Wohl des Ganzen und nicht bloß seiner einzelnen Wirtschaftsteile am Herzen liegt, müßte auch dazu beitragen, mit 1/2 Proz. Beitragserhöhung den Opfern der deutschen Wirtschaftsführung eine Lebensmöglichkeit im ureigensten Interesse zu bieten. Redner erwartet, daß unsere Vertreter alles daran setzen, um die Arbeitslosenversicherung in ihrem jetzigen Umfang aufrechtzuerhalten. Zum Berufsausbildungsgesetz übergehend, betonte der Redner, daß dasselbe in seinem Entwurf grundlegende Änderungen bringe dadurch, daß es dem Züningswesen zu Leibe rüde. Die Begriffe der Lehrbetriebe sollen andre Regelung erfahren. Auch der frühere Entwurf des Arbeitschulungsgesetzes solle mit Änderungen wieder hervorgezogen werden. Nach Prinzipalsausprüfungen fänden sie die Arbeiter- und Sozialgesetzgebung überorganisiert. Wir wüßten erfahrungsgemäß, daß aus eigenem Antrieb der vereinigten deutschen Arbeitgeberverbände nichts für uns gefähige, deshalb ist uns gesetzliches Recht lieber als unerfüllte Verprechen. Forderungen des Hamburger Gewerkschaftskongresses, die die Wirtschaftsdemokratie anstreben, finden unsere volle Unterstützung. Nach diesen Ausführungen allgemeiner Art kamen solche des engeren Gangebietes zur Sprache. Ein Antrag auf Abhaltung von Ortsvertreterkonferenzen soll den Sachwaltern der Organisation Gelegenheit zur Zusammenkunft, Aussprache und Mitwirkung in ihrem Wirkungsbereich geben. Die zur Zeit der Hochkonjunktur in unserm Berufe voll ausgeübte Lehrlingskata, unter Androhung von Strafen, hat nun zur Folge, daß viele Gehilfen den Arbeitsmarkt verlassen. Die Lehrlingsordnung ist zwar Gesetz im Gau, es gibt aber immer noch Prinzipale, die sie umgehen. Bei Antrag auf Abhilfe bei den einzelnen Handwerkskammern haben wir die Erfahrung gemacht, daß dort der Lehrlingsordnung Abhilfe verschafft wird. 48-Stunden-Woche und Sonntagsarbeit müßten in Zusammenhang gebracht werden. Die Entlohnung im Gau liegt über dem Durchschnitt des Verbandsgebietes. Ein kurzer Rückblick auf die 60jährige Gründungsfest des Gaus und die Zahl unserer Jubilare, die Tätigkeit der Sparten, ihre Gründung und gute Zusammen- und Mitarbeit bildeten weitere Ausführungen. Gegen die Kurzarbeit, die von einzelnen Betrieben ausgenommen versucht würde, mußte verschiedentlich Stellung genommen werden. Die Klagen der Prinzipale, daß einzelne Kollegen zu Hause Betriebe einzüchten, findet Redner gerechtfertigt. Durch solche „Schwarzkäse“ erleben nicht nur Prinzipale Schäden, sondern auch die Gehilfen durch Arbeitslosigkeit insolge Wegfalls der gelieferten Drucksaften, die innerhalb

der regulären Arbeitszeit angefertigt werden könnten. Auch die Schwarzarbeit bei Freunden nach Geschäftsschluß habe die gleichen schädlichen Folgen für die Gesamtheit. Bezüglich des Manteltarifs und dessen Nichtkündigung in der verfloßenen Geltungsbauer erläuterte Kollege Klein noch einmal eingehend alle wesentlichen Punkte. Urlaubsdauer und Urlaubsregelung bilden ebenfalls Streitpunkte des Manteltarifs. Die Lohnentwicklung hat gezeigt, daß die Erfassung der Zudegehnen unzureichend ist. Aus diesem Mißstand heraus müssen die Gehilfen über die rein rechnerischen Forderungen hinaus Ansprüche erheben, die das Leben überhaupt lebenswert erscheinen lassen. Bei Abschluß des Manteltarifs müsse beachtet werden, daß zwei Partner mitwirken und aus diesem Grunde nicht von einer Seite diktiert werden könne. Wer seine eigene Kraft überbiete und den Wegner unterschätze, begehe einen großen Irrtum. Auf die Schlichtungsordnung könnten wir in absehbarer Zeit nicht verzichten. Dies zeigte sich deutlich bei den großen Kämpfen und namentlich in den Berufen, die in der Organisationsentwicklung noch zurück sind. Daß die Zeit der Stagnation innerhalb der Gewerkschaften vorbei sei, zeigen die steigenden Mitgliedszahlen. Für das Verbalten der RPD., die gegen die Gewerkschaften bei Betriebsratswahlen mit den Gelben zusammenwühle, fand Redner treffende Worte der Kritik. Die Zusammenarbeit im Gauvorstande war eine gute. Auch die Wahl, die durch das Ausschreiben des Kollegen Kasper notwendig wurde, war eine glückliche. Kollege Lieber hat sich rasch eingearbeitet. Die Erweiterung der Geschäftsstelle, wie sie jetzt vorgenommen wurde, war längst schon notwendig. Der Mitgliedsbestand im Gau betrug am Schlusse des Jahres 1928 4143, heute rund 4500. Aus der Statistik des Verbandes ist ersichtlich, daß unser Gau hinter dem Durchschnitt der „Korrespondent“-Leseer zurückbleibt und mit an letzter Stelle stände. Dies müßte anders werden. Der Dank Kleins galt allen Funktionären für treue Mitarbeit und Unterstützung unsres Schaffens. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen.

Kollege Kurz erstattete dann den Kassenericht. Das Gauvermögen liegt bei einem Abschluß am 31. Dezember 1925 mit 148,61 M. im Jahre 1926 auf 29 710,42 M., im Jahre 1927 auf 54 937,70 M. und im Jahre 1928 auf 73 882,74 M. Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1928 163 264,15 M., die Gesamtausgaben 135 681,41 M. In den drei Berichtsjahren wurden an die Invaliden aus der Kasse 62 638,50 M. Zufuß ausbezahlt. Eine gewaltige Arbeit mußte geleistet werden. Zu irgendwelchen Beanstandungen kam es nicht. Kollege Wagner stellte als Revisor die einwandfreie Kassensführung fest und beantragte Annahme des Kassenerichts und damit Entlastung. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Gesche (Stuttgart), Glasbrenner (Ulm), Zehe (Tübingen), Pfänder (Stuttgart), Heinrich (Heilbronn), Bossenmayer (Obernorf), Gerlach (Heilbronn), Egenberger (Stuttgart), Richter (Pforzheim) und Fischer (Stuttgart), der den Dank für die Einfindung der Spartenvorsitzenden übermittelte.

Das Arbeitslosenproblem fand kritische Beleuchtung. Am meisten hätten darunter die Handseher und Flachdrucker zu leiden. Es wurden Kurse angeregt für kaufmännische Ausbildung, um im Büro der Druckerei durch fach- und sachkundige Beratung die Herstellung der Arbeit zu erleichtern. Auch die Behörden könnten um gemeinsame Zuweisung von Druckarbeiten angegangen werden. Die Bezirksversammlungen hätten einen reibungslosen Geschäftsverlauf gesichert. Die beabsichtigte Reform der Arbeitslosenversicherung sei nicht tragbar. Wenn ein Saisonarbeiter 62 Wochen gearbeitet hätte, bis er unterstützungsberechtigt sei, sei er kein Saisonarbeiter mehr, sondern ein Vollbeschäftigter. Die Ferienfrage müße Verbesserung erfahren. Die Arbeitgeber im Ruhrkampf hätten sich um den Schiedspruch nicht gekümmert und ausgeperrt. Die Spaltung der politischen Parteien fand Beleuchtung. Der Vorstandsbericht sei ausführlich gewesen. Ein Ausgleich zwischen Handseher- und Maschinenseherlohn müsse angestrebt werden. Auf die Arbeitslosigkeit sei auch die Arbeit in Gefängnis, Klostern, Universitäten und Anstaltsdruckereien von nachteiligem unglücklichen Einfluß. Hier würden von Berufsfremden Erzeugnisse hergestellt, die mit Buchdruck nur das gemein hätten, daß man sie lesen könne. Die Lehrlingsausbeutung von Firmen ohne Gehilfen müßte mit allen Mitteln unterbunden werden. Die Nichtkündigung des Manteltarifs fand Verständnis. Allgemeine Anerkennung fand die Tätigkeit des Gauvorstandes. Dank wurde für Mittel zu Bezirksversammlungen ausgesprochen. Die kulturellen Forderungen sollten bei den Lohnforderungen und Verhandlungen viel mehr in den Vordergrund treten. Bildungsturse auf allen kulturellen Gebieten sollten neben solchen des Berufs einhergehen. Ein Problem sei auch die Unterbringung junger Kollegen. Welsch sei ein Konditionswechsel von der Provinz in die Großstädte recht schwer. Die Spaltung zwischen den politischen Parteien sei bedauerlich. Die Gewerkschaften haben ihr Augenmerk darauf zu richten, daß sie dabei nicht die Leidtragenden seien. Die Ansicht, daß, wenn die Maschinenseher weniger erhalten, die Handseher zum Zug kämen, sei falsch. Den Nutzen hätten in diesem Fall nur die Prinzipale. Die Buchdrucker seien es gewesen, die als die einzigen es verstanden hätten, bei Einführung der Maschine kürzere Arbeitszeit und höhere Entlohnung herauszuholen, was als eine geschäftliche Tat bezeichnet werden könne. Als die wichtigste Aufgabe der Vertreter erlöbte ein Redner in der Mitberatung, Kritik zu üben ist leicht, bessere Vorschläge

machen sei schwer, oft unmöglich. Ein kurzes Schlußwort des Kollegen Klein stellte die einmütige Anerkennung mit der Tätigkeit des Gauvorstandes und der Gauverwaltung fest. Er dankte für die sachliche Beratung und Behandlung für die Zeit vom letzten zu diesem Gantag. Die Abstimmung ergab einstimmige Entlastung. Kollege Breuer (Stuttgart) schloß Bericht des dritten Punktes: „Der Verbandstag vom 23. bis 29. Juni in Frankfurt a. M.“, auf dem nächsten Tag, Kollege Richter (Pforzheim) dagegen in Anbetracht, daß schon in allen Bezirksvereinen und Mitgliedschaften, die heute hier vertreten seien, neben der ausführlichen Berichterstattung des „Korr.“ über den Verbandstag geredet worden sei, die Ablesung dieses Punktes vor. Ein weiterer Vorschlag von Heinrich (Heilbronn), Punkt 3 und 4 gemeinsam zu beraten, weil man bei Unterstufungsfragen an die Beschlüsse des Verbandstages gebunden sei, fand sinngemäße Anwendung; indem beide Punkte auf den nächsten Verhandlungstag verschoben wurden.

Kollege Schröder berichtete sodann als Gaulehrlingsleiter über „Lehrlingsabteilung und Lehrlingsordnung sowie Jungbuchdrucker 1930“. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß anlässlich einer Bezirksvorsteherkonferenz am 17. und 18. März 1928 sowie am 23. und 24. März 1929 jeweils die Lehrlingsleiter mit eingeladen waren. Am 2. Dezember 1928 hatte der Gauvorstand die Mitglieder der Fachauschüsse nach Stuttgart gerufen, um Stellung zu den diese Ausschüsse beruhenden Fragen zu nehmen und Anweisungen für deren Geschäftstätigkeit zu geben. In unserm Verband beständen die Lehrlingsabteilungen seit neun Jahren, so daß die ersten Kinderchufe längst ausgetreten seien. Die anfängliche Zurückhaltung der Gehilfen gegenüber dieser Sparte sei gewichen und überall rege Mitarbeit an deren Stelle getreten. Günstig habe sich der Beschluß, den Beitrag im Gau auf 20 Pf. festzusetzen, ausgewirkt. Der verhältnismäßig noch starke Wechsel bei den Bezirkslehrlingsleitern müße stabileren Verhältnissen weichen. Der „Jungbuchdrucker“ sei ein wichtiges Bindeglied. Die vom Verbandsvorstand überwiesenen Kundsendungen wirkten fördernd auf das technische Wissen der Lehrlinge. An dem vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Wettbewerb zur Erlangung eines Programms für den Rheinisch-westfälischen Jungbuchdrucker beteiligten sich 74 Jungkollegen aus Württemberg mit 114 Entwürfen. Prozentual bedeutete dies die erste Stelle im Verbandsgebiet. Die Vergünstigung, die wir auf Grund der Jugendpflege bei der Reichsbahn mit 50 Proz. Fahrpreisermäßigung haben, wird nicht in der richtigen Weise benutzt. Seit 1928 sind wir dem Verband der deutschen Jugendherbergen korporativ beigetreten. Damit ist den Abteilungen bei anderthalbstägigen Wanderungen billige Übernachtungsgelegenheit geboten. Die Ausweise gelten jedoch nicht für Einzelwanderer, sondern nur für Gruppen. An dem „Pressa“-Besuch beteiligten sich 70 Lehrlinge aus dem Gau. Redner empfahl, die Jungkollegen jährlich darauf aufmerksam zu machen, daß sie die Ausflüge in Württemberg auf eigene Gefahr machen, da wir noch nicht gegen Unfall versichert seien. Die Mitgliedszahl der Beihilfen im Gau beträgt zur Zeit 994. Das sind 85 Proz. der Lehrlinge. Bei Behandlung der Lehrlingsordnung wies der Redner besonders auf die Einstellung eines dritten Lehrlings auf Grund des § 23 Ziffer 1 hin und betonte, daß ohne Genehmigung der Organisation kein dritter Lehrling eingestellt werden darf. Die Rückvergütung an die Bezirke beträgt 10 und 20 Pf. Dazu kommt noch ein Kopfbeitrag aus der Gaulehrlingskassa von einer Mark pro Jahr und Mitglied. Die Durchführung und die damit verbundenen Eignungs- und Zwischenprüfungen machen den Fachauschüssen bedeutende Arbeit. Die Gaulehrlingsleiterkonferenz hat dahin Beschluß gefaßt, daß ein einheitliches Schema für das ganze Reich als Richtlinie für Prüfungsarbeiten ausgearbeitet werden solle. Ein wichtiges Auge haben wir darauf zu richten, ob im Lehrbetrieb ein Gehilfe oder Prinzipal vorhanden sei, der die Anleitungsbezugnis hat. Ein uns nicht befriedigendes Abkommen ist die Überstundenbezahlung an Lehrlinge. Wir vertreten nach wie vor den Standpunkt, daß Überstunden von Lehrlingen nicht verlangt werden sollen. Wenn dies unumgänglich sei, sollten solche mit 100 Proz. Aufschlag entschädigt werden. Die Ausführungen des Kollegen Schröder wurden beifällig aufgenommen. Nach kurzen Ausführungen des Kollegen Klein wurde die Sonnabendtagung geschlossen.

Am Sonntag früh machten die auswärtigen Kollegen von der Einladung zum Besuch der Geschäftsräume reichlich Gebrauch. Um 9 1/2 Uhr eröffnete Klein die Sitzung des zweiten Tages mit Ausführungen zu Lehrlingsangelegenheiten und besonders über die Termine der Zwischenprüfungen. Kollege Glasbrenner (Ulm) hielt es für notwendig, Überschreitungen und andre Mängel bei Neueinstellungen rechtzeitig zu melden. Die Handwerkskammer Ulm hat alle Beschwerden abgestellt. Klein sieht das Schwierigste darin, daß die Handwerkskammern keine Unterlagen haben, welche Gehilfenzahl im Maschinen- und Seherpaß steht.

Punkt 4 der Tagesordnung: „Beratung und Beschlufassung über die gestellten Anträge auf Änderung der Satzungen“, machte einen Antrag des Gauvorstandes auf Abbau des Gauzuschusses an unsere Invaliden, gezwungen durch Verbandstagsbeschluf, notwendig. Er lautet:

Mitglieder, die der Vorstand als dauernd arbeitsunfähig anerkannt hat, erhalten einen Zuschuß zu ihrer Invalidenunterstützung in Höhe von 10 M. monatlich, sofern 250 Beiträge zur Gauskassa geleistet sind.

Die Begründung durch Klein zeigte, daß es schwer ist, alte Rechte zu kürzen. Die Erhöhung der Verbandunterstützung mag diese Maßnahme erträglicher. In der Aussprache, die von den Kollegen Wegger (Stuttgart), Glasbrenner (Ulm), Richter (Forzheim) bestritten wurde, erkannte man die Zwangsläufigkeit des Abbaues an. Die Annahme des Gausvorstandes machte einen andern vom Ortsverein Ulm-Neuulm gestellten Antrag hinfällig. Richter (Forzheim) wünschte, daß die Denkschrift des Kollegen Glaser zur Unterstützungsfrage im Wortlaut und nicht nur im Auszug veröffentlicht werden wäre. Zur Verfassung des Gaus begründete Klein folgenden Antrag des Gausvorstandes:

Mit der Leitung und Verwaltung des Gaus ist der Gausvorstand betraut. Er besteht aus dem Gausvorsteher, dessen Stellvertreter, dem Kassierer und Schriftführern und fünf Beisitzern.

Die Amtsdauer des Vorstandes sowie der Revuejoren währt von einem ordentlichen Gantag bis zum andern. Die Wahl des Gausvorstehers und Kassierers erfolgt durch den Gantag. Die acht Beisitzer des Gausvorstandes werden ebenfalls durch den Gantag gewählt. Zu diesem Zweck bringt die Mittagsbesitzung Stuttgart eine Anzahl Kollegen, zum mildesten aber die doppelte Zahl der Beisitzer, in Vorschlag. Die einzelnen Parteien sollen bei der Wahl nach Maßstäben Berücksichtigung finden. Einfache Stimmenechtheit entscheidet.

Zu dieser Stelle Pfänder (Stuttgart) den Antrag:

Bis zum nächsten Gantag bleibt der ganze Paragraph unverändert.

In der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Emls, Kohrausch, Pfänder (Stuttgart), Glasbrenner (Ulm), Würster (Göppingen), Bollenmaier (Oberndorf), Zeh (Tübingen), Schmidt (Aalen), Stein (Neutlingen), Dengler und Heintzele (Stuttgart), Gerlach (Heilbronn). Die Stuttgarter Vertreter wollten zum Teil den bisherigen Wahlmodus erhalten, wenn auch zugegeben wurde, daß die Wahl manchmal schwerer sei, wenn man die Kandidaten nicht kenne. Die Änderung ist auf Vorschlag der Bezirksvorsteherkonferenz erfolgt. Die Abstimmung ergab 33 Stimmen für und 21 gegen den Antrag.

Einstimmige Annahme fand ferner folgender Antrag:

Die Ortsvereine erhalten für ihre Mäwehaltung eine Entschädigung aus dem Verband, und Gausbeiträgen. Diese betragen für Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern 4 Proz., von 101 bis 200 Mitgliedern 4,5 Proz., von mehr als 200 Mitgliedern 6 Proz. Die Verteilung der Verwaltungskosten ist Sache der Ortsvereine.

Ein Antrag:

Zur Förderung der Bandschwärze wird der Gau in Wahlkreise eingeteilt. Am Spätesten jedes Bezirks ist ein Bezirksvorstand zu wählen. Dieser hat die Aufgabe, durch Auffklärung der Mitglieder das einheitliche Zusammenwirken aller Kräfte der Organisation zu fördern und mindestens einmal jährlich eine Bezirksversammlung einzuberufen. Die Mitglieder erhalten die Fahrkosten dieser Klasse zum Tagungsort gegen entsprechende Quittung aus der Gauskassa für höchstens jährlich zwei Bezirksversammlungen erlegt. Gausvorstand.

fand einstimmige Annahme.

Der weitere Antrag zu

§ 13. Ortsvereinerkonferenz. Möglichst einmal im Jahr beruht der Gausvorstand eine Ortsvereinerkonferenz zur Information über allgemeine organisatorische und berufliche Angelegenheiten ein. Drei von 20 Mitgliedern an können einen Vertreter entsenden. Gausvorstand.

wurde durch den Kollegen Klein zur Annahme empfohlen und der Stuttgarter Mitgliedschaft neben dem Ortsauschuß eine weitere Vertretung von zehn Kollegen zugesagt, die in der Mitgliederversammlung gewählt werden sollen. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Ein Antrag vom Ortsverein Mergentheim auf Änderung der Bezirkeinteilung wurde abgelehnt, weil der neue Bezirk infolge der wenigen Mitglieder von vornherein nicht lebensfähig wäre, wenn auch die räumliche Entfernung vom Bezirksvorort seine Stellung begründet. Angenommen wurde der Antrag:

Der ordentliche Gantag findet alle drei Jahre statt. Er wird vom Vorstand einberufen und von seinem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter geleitet. Die Ausbreitung hat mindestens acht Wochen vor dem Versammlungstag zu erfolgen. Gausvorstand.

Ein Antrag des Bezirks Neutlingen, wonach auf je 50 Mitglieder eines Bezirks ein Vertreter zu wählen sei, wurde zurückgezogen, nachdem Kollege Klein namens des Gausvorstandes zusagte, künftig die Bezirksvorsteher mit beratender Stimme zum Gantag heranzuziehen. Heiß umstritten war folgender Antrag:

Bei den Wahlen zum Verbandstag ist der Gau in zwei Wahlkreise aufzuteilen. 1. Kreis Stuttgart, 2. Kreis alle übrigen Orte. (Ortsverein Stuttgart).

In der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Emls (Stuttgart), Glasbrenner (Ulm), Gesche (Stuttgart), Hofmann (Stuttgart), Heintzele (Gausvorstand), Bödich (Tübingen), Richter (Forzheim), Grupp (Gmünd), Klein (Gausvorsteher), Berner (Stuttgart), Pfänder (Stuttgart), Gesche (Stuttgart). Ein Schlussantrag machte der Rednerliste ein Ende. In seinem Schlusswort stellte Kollege Klein fest, daß wir auf Grund unserer Mitgliedszahl zum nächsten Verbandstag acht Vertreter zu wählen haben. Die Regelung durch den letzten Gantag, wonach der Wortort vier und die Provinz vier Vertreter wählen dürfe, bringe niemandem Vor- oder Nachteile. Er ersucht, den Gau nicht in zwei Lager zu spalten. Die Abstimmung ergab 24 Stimmen für und 33 gegen den Antrag. Er war deshalb abgelehnt.

Ein Antrag des Ortsvereins Ulm-Neuulm:

Der Gantag wolle beschließen, den Gausvorstand zu ermächtigen, die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund

herausgegebene Gewerkschaftsliteratur in einer den Mitgliedschaften des Gaus entsprechenden Anzahl zu beziehen und den Kreisvereinsfunktionären kostenlos zur Verfügung zu stellen.

wurde dem Gausvorstand als Material überwiesen. Damit war der dritte und vierte Punkt der Tagesordnung ebenfalls erledigt. Hierauf begründet Kollege Glasbrenner die Anträge der Diätenkommission, die einstimmige Annahme fanden. Die Gesäter der Angestellten wurden den Beschlüssen des Verbandstages angepaßt. Kollege Klein verabschiedete bei dieser Gelegenheit, daß die Angestellten sich mit ganzer Kraft in den Dienst der Sache stellen würden.

Die Wahl des Gausvorstandes konnte nach den zu § 10 der Gausstatuten gefassten Beschlüssen auf dem Gantag durchgeführt werden und ergab die Wiederwahl der seitver amtierenden Kollegen Keller, Heintzele, Schröder, Berner, Hühler, Egenberger, Stammler und die Zuzuwahl des Kollegen Eugen Wegger. Einmütig erfolgte die Bestätigung des Kollegen Klein als Gausvorsteher und des Kollegen Kurz als Gaukassierer.

Zum Punkt „Verschiedenes“ sprachen die Kollegen Bauer (Münchingen) und Zeh (Tübingen). Damit war die Tagesordnung des Gantages erschöpft.

Dem Gantag schloß sich die Generalversammlung des Unterstützungsvereins für Buchdrucker und Schriftgießer in Württemberg an. Zu dieser lagen zwei Anträge vor. Der erste lautete: Jedes dem Gau angehörende Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker kann Mitglied des Unterstützungsvereins für Buchdrucker und Schriftgießer in Württemberg werden.

Kollege Klein begründete den Antrag, der ebenfalls eine Notwendigkeit sei gemäß den Beschlüssen des Verbandes. Das Vermögen des Vereins betrage 24 651,33 M. Die Leistung von einem Sterbegeld bis zu 600 M. ist eine rasche Hilfe in Not. Es sei meist der erste Weg auf das Gaubüro nach dem Ableben eines Mitgliedes, um hier das Sterbegeld abzugeben, denn zu Rücklagen für außerordentliche Fälle reiche der Lohn des einzelnen besonders dann nicht, wenn lange Krankheit vorherging. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme dieses Antrages. Der zweite Antrag besagte:

Beim Auscheiden aus der freigebergesellschaftlichen Organisation erlischt die Mitgliedschaft beim Unterstützungsverein. Er fand ohne Aussprache einstimmige Annahme. Zwei Anträge des Kollegen Wegger, wovon der erste Auszahlung der Anrechnung früherer Beiträge nach freiwilligem Austritt bei späterem Wiedereintritt forderte, und der zweite im nach dem Alter steigendes Eintrittsgeld bis zu 10 M. vorsah, wurden nach kurzer Aussprache dem Vorstand als Material überwiesen.

Kollege Kurz gab sodann einen kurzen Kassenbericht; Einwendungen erfolgten nicht. Damit war die Tagung beendet. In einem Rückblick dankte Kollege Klein in den Vertretern und Gästen für ihre sachliche Mitarbeit und aufmerksame Befolgung der Verhandlungen. Er knüpfte daran den Wunsch, daß es immer so im Gau bleiben möge und schloß den 40. Gantag.

Nach dem gemeinschaftlich eingenommenen Mittagessen besuchten die meisten Stuttgarter und auswärtigen Kollegen das Höhenrestaurant „Söhnle“, um noch einige fröhliche Stunden im Kollegenkreise zu verbringen. W. S.

50 Jahre Ortsverein Elberfeld

50 Jahre Ortsverein im Verbands der Deutschen Buchdrucker — 50 Jahre Arbeit und Kampf für die Aufwärtsbewegung der Elberfelder Buchdrucker. Für die organisatorische Entwicklung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bildete die 50jährige Jubiläumsfeier des Ortsvereins Elberfeld ein ehrentes Zeugnis.

Am 18. August 1879 wurde der Ortsverein gegründet, der den Namen Gutenberverein erhielt. Im Anfang waren es nur 28 zahlende Mitglieder, doch die Zahl stieg von Jahr zu Jahr, und jetzt, im Jubeljahr, zählt der Ortsverein 488 Mitglieder. Seit Monaten rüsteten sich die Elberfelder Kollegen, diesen Tag, seiner Bedeutung entsprechend, festlich zu begehen. Um den Kollegen ein Bild von dem Aufstieg des Ortsvereins zu geben, wurde eine Festschrift herausgegeben. Der Verfasser entrollte in ihr den Werdegang des Vereins bis zum heutigen Tage.

Eingeleitet wurde die Feier durch einen weichenollen Festakt in der Morgenseier im Taita-Theater am Sonntag, dem 29. September. Das Haus war voll besetzt. Viele auswärtige Kollegen waren erschienen, u. a. die Bonner Kollegen, die an dem Fest mitwirkten, in vier großen Kolonnen. Ein Orchester des Herrn Joachim Krause mit dem Präsidium und der Jungs in Es-Dur von Johann Sebastian Bach leitete die Feier stimmungsvoll ein. Der Vorsitzende Julius Weber begrüßte die Festteilnehmer, besonders die Vertreter der Presse, den Vertreter der Stadtverwaltung, Beigeordneten Dröner, die zahlreich vertretenen Vorkände aus den Bezirken Barmen, Bochum, Essen, Hagen, Köln, die uns befreundeten Organisationen, den Festredner, den zweiten Vorsitzenden des ADGB., Reichstagsabgeordneten Grafmann, den Gausvorsteher Bertram, den Vertreter des Faktorenbundes, den Vertreter des Ortsauschusses des ADGB., Wehner, und ganz besonders die Kollegen aus Bonn. Das Barmer Orchester, unter der Leitung des Musikdirektors Karl Briester, erfreute die Festgäste durch die exakte Wiedergabe von Wagners „Einzug der Gäste“. Dann teilte sich der

Vorhang, und vor der im Grün und Blumen gebetteten Bülste Gutenberg sprach Eduard Rudeberg von den Vereinigten Stadttheatern Elberfeld-Barmen mit reifer Vortragskunst einen von dem Kollegen Katinowski (Bochum) verfassten Prolog, der von der arbeits- und kampfreichen Vergangenheit des Zubelvereins erzählte und zum Schluß zur Treue zum Verband aufforderte. Die drei vereinigten Vereine „Gutenberg“ (Bonn), „Typographia“ (Barmen) und „Gutenberg“ (Elberfeld), unter der Leitung des Musikdirektors Ernst Unterste-Boß sen., sangen eindrucksvoll den Utkmannschen Chor „Die Arbeit“ und „Märzluft“ von Angerer. Die Darbietungen des heimischen Helbentens Karl Hartmann riefen starken Beifall hervor. Er sang drei Lieder von Senf und die drei bekannten Lieder des Wuppertaler Komponisten Karl Gemünd, „Sefnjucht“, „Kote Rosen“ und „Hab Sonne im Herzen“, treu begleitet am Flügel von Herrn Ernst Unterste-Boß jun.

Im Mittelpunkt der Morgenseier stand die Festrede des Kollegen Peter Grafmann, der u. a. ausführte, daß ihn viele persönliche Erinnerungen mit dem Ortsverein Elberfeld verbanden, da er seine Jünglingsjahre und auch einen Teil seiner Mannesjahre im Elberfelder Bezirk verleben habe und er deshalb auch die Schwierigkeiten genau kenne, die sich hier dem Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisationen entgegenstellten. 1893 sei er als Handwerksbursche nach Solingen gekommen und dadurch auch Mitglied des Bezirks Elberfeld des Verbandes der Buchdrucker geworden. Der ganze Westen Deutschlands sei damals ein sehr ungünstiges Organisationsgebiet gewesen, zum Teil wegen der hier vorhergehenden religiösen und politischen Auffassungen, zum Teil wegen der etwas anderen Auffassung vom Leben, die hier herrsche. Daher komme es, daß der Ortsverein Elberfeld erst ziemlich spät sein 50-jähriges Jubiläum feiern könne. Der Buchdruckerverband sei der erste gewesen, der den Gedanken der Tarifgemeinschaft durchgekämpft habe; er sei deshalb früher oft verhöhnt worden. Was damals oft als „Berrant“ bezeichnet worden sei, das sei heute einer der Grundpfeiler der demokratischen Republik, sei Allgemeingut der Arbeiterbewegung und sogar der Wissenschaft und der Rechtsprechung. Das Schicksal keines Gesetzes sei so unsicher wie das des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Angriff auf dieses Gesetz sei einer der härtesten und konzentriertesten Angriffe auf die Sozialpolitik überhaupt. Gelingen es, diesen Angriff abzu-schlagen, dann sei die Abwehr weiterer Angriffe leichter. Das Wort Ludwig XIV.: „Der Staat bin ich!“, könne die Arbeiterschaft heute auf sich anwenden, nicht weil der heutige Staat vollkommen sei, sondern weil der heutige Staat vieles habe, wofür die Arbeiter seit 50 Jahren gekämpft hätten. Die Arbeiterschaft wolle aber nicht nur politisch, sondern auch in der Wirtschaft zur Geltung kommen. Welches Interesse die Arbeiterschaft an der Wirtschaft habe, zeige die neue Fusion der beiden großen Banken, wodurch wahrscheinlich einige Tausend Bankangestellte arbeitslos würden. Rationalisierung? Jawohl! Aber nur, wenn dadurch der Konsum steige und durch diesen größeren Konsum die Weiterbeschäftigung der Arbeiter möglich sei. Da in dieser Hinsicht mit schönen Resolutionen nichts zu machen sei, hätten die Gewerkschaften auf ihren Tagungen in Breslau und Hamburg beschloffen, die Beteiligung an der Wirtschaft mit allen Mitteln durchzusetzen. Sedoch seien diese großen Fragen nur zu lösen, wenn die klare Erkenntnis dieser Zusammenhänge in allen Arbeiterkreisen vorhanden sei, verbunden mit dem Bestreben, treu mitzuarbeiten, um aus den Wirnissen des Alttags heraus- und zu einer besseren Zukunft zu kommen. Arbeiterseier mühten Anlaß zu innerer Erbauung, zum Starfmachen und zum treuen Zusammengehen geben. Wenn das durch dieses Fest erreicht werde, dann habe es seinen Zweck erfüllt.

Die Rede klang aus in einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker, auf den Ortsverein Elberfeld und auf die Arbeiterbewegung. Reicher Beifall wurde dem Redner spendend, und begeistert stimmte die Festversammlung in das Hoch ein.

Zu Beginn des zweiten Teiles übermittelte Gausvorsteher Bert a m die Grüße des Gausverbandes und überreichte ein Geschenk in der Höhe, wie sie der Gau für diese Jubiläums überhaupt vorseht. Die Morgenseier war eine wohlgestungene Veranstaltung, die den Festtag wirkungsvoll einleitete.

Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen wurde mit den Bonner Kollegen eine Fahrt über die Höhen der vereinigten Städte Elberfeld-Barmen gemacht, die annähernd drei Stunden dauerte.

Die Abendfeier in der „Stadthalle“ war hauptsächlich der Geselligkeit gewidmet. Der vollständig renovierte große Stadthallenaal war voll besetzt. Der zweite Vorsitzende Franz Heft begrüßte die Erschienenen und verlas die eingetroffenen Telegramme und Glückwunschschriften. Telegramme hatten gesandt die Bezirke Bielefeld, Münster, Wesel, Aachen, die Ortsvereine Heibert, Koblenz, Köln, die Litographen und Steinbrüder von Elberfeld-Barmen, Verband der Buchbinder, Ortsverein Wuppertal des Deutschen Buchdrucker-Vereins Kreis II, der Ortsauschuß des ADGB., ferner ein Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Kirschbaum (Elberfeld), vom Verkehramt durch den Beigeordneten Dr. Wischne. Kollege Weilingrat h (Barmen) sprach für die Bezirke Barmen, Essen, Bochum, Düsseldorf, Hagen, Krefeld und überreichte in humorvollen Worten eine Präsentenschele als Geschenk des Ortsvereins Barmen, für den Ortsverein Solingen sprach Kollege Franz en, der ebenfalls eine Glocke überreichte mit einer

Gebrauchsanweisung in Gedichtform. Für Wald sprach Kollege Bartsch und für den Ort und Bezirk Dessau Kollege Schlichter. Kollege Balbus (Wonn) überbrachte die Glückwünsche des Ortsvereins Wonn und als Festgabe ein Gruppenbild des Bonner Ortsvereins. Das Barmer Orchester leitete den Abend mit der „Raymond“-Ouvertüre von Thomas ein. Hierauf sangen die drei Kollogengesangvereine unter Leitung des Musikdirektors Ulbricht-Wohlfahrt, die dem Gesangverein „Gutenberg“ (Elsberfeld) von Uthmann gewidmete Komposition „Sohnemannschaft“, die ausgezeichnet vorgetragen wurde. „Gutenberg“ (Wonn) zeigte gutes Können unter Leitung seines Dirigenten Herrn Raff mit den beiden Chören „Die Nacht“ von Schubert und „Am sonnigen Rhein“ von Werth. Die Leistung war eine mustergheltige. Der Gesangverein „Typographia“ (Barmen) zeigte eine anerkennenswerte Leistung mit dem Chor „Der Morgen“ von Baumann und der vorzüglichen Wiedergabe der Volkslieder „Muss ich denn —“ „Stürmischen Beifall erntete der „Gutenberg“ (Elsberfeld) mit den Straußlingen Walzer „An der schönen blauen Donau“, mit Orchesterbegleitung, der wiederholt werden musste. Gegen 9 Uhr wurde von den Bonner Kollegen Abschied genommen, der ein recht herzlicher war. Draußen auf der Treppe sangen „Gutenberg“ und „Typographia“ den scheidenden Kollegen einige Abschiedslieder. Kollege Balbus dankte nochmals, und schweren Herzens mit dem Rufe „Auf baldiges Wiedersehen“ schied man voneinander. Die eindrucksvollste Leistung des Abends war der von den beiden Vereinen „Gutenberg“ und „Typographia“ mit Orchesterbegleitung vorgetragene Uthmannsche Chor „Sturm“. Das Orchester leitete mit einem Liebesvortrag und Festmarsch zum gemüthlichen Teil über und ein Festball hielt die anwesenden Gäste noch lange in Fröhlichkeit zusammen und man schied mit dem Bewusstsein recht froh verlebter Stunden voneinander. Gütlich buchdruckerlicher Geist beherrschte das Zusammensein bis zum Schluss.

Der Ortsverein Elsberfeld im Verband der Deutschen Buchdrucker kann stolz auf seine 50jährige Jubiläumfeier zurückblicken. Es war eine schöne und würdige Feier. Allen, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen haben, gebührt der Dank des Ortsvereins.

Joseph Bödefeld.

Korrespondenzen

Greifswald. Einen Bezirksstag zum erstenmal in ihrem Städtchen gehabt zu haben, kann die Mitgliedschaft Demmin in ihren Annalen verzeichnen. Dieser fand am 15. September im herrlich gelegenen „Lannentrestaurant“ statt. Es war die stättliche Zahl von 107 Kollegen, die vom Bahnhof mit Reichsbanneremüßt durch die Stadt zum Tagungslokal geleitet wurde. Vertreten waren die Drie Anklam mit 11, Demmin mit 12, Barth mit 5, Greifswald mit 33, Grimmen mit 14, Torgelow mit 2 (einer Maschinenseherin), Udermünde mit 1, Straßund mit 54, Putbus mit 14, Loitz mit 2, Swinemünde mit 16, Treptow a. d. Toll. mit 1 und Wolgast mit 2 Kollegen. Bezirksvorsitzender W a r n e begrüßte die Versammelten und besonders unsern Gauvorsitzer Reineke (Stettin) und den Gewerkschaftssekretär, W. v. L. Kirchmann (Straßund). Zunächst wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Wenn auch die Verhältnisse im Bezirk an und für sich nicht schlecht sind, so müssen wir doch feststellen, daß die Unterbringung der Arbeitslosen uns große Sorge macht. Er wies darauf hin, daß Überstunden überall zu vermeiden sind, eventuell werden die betreffenden Kollegen in Strafe genommen. Auch betreffs der Einföhrung der Beurlaubungsordnung in unserm Bezirk bereitet uns die Handwerkskammer Straßund immer noch große Schwierigkeiten. Den Kassenbericht gab Kollege Herzfeldt. Von der Beurlaubungsabteilung berichtete Beurlaubungsleiter W o s s b e g, daß 70 Beurlaubte in 15 Orten sich dieser angegeschlossen haben. Dem Vorstand wurde hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Sodann berichtete Kollege K e i n e über die Bezirksvorsitzenderversammlung, speziell über die Auflösung unserer Gauverbände, und ermahnte die Kollegen, sich zu fügen. Der Gaubeitrag sei um 5 Pf. herabgesetzt. Ein allgemeines Wutren ging durch die Reihen der Versammelten. Da man aber vor einer vollendeten Tatsache stand, kam es nicht zu einer allzu großen Debatte. Als zweiter Referent hielt uns Gewerkschaftssekretär K i r z h a m a n n einen ausgezeichneten Vortrag über das Thema: „Streikzüge durch die Sozialpolitik“. Ausgehend von dem Aufbau der Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Erwerbslosenversicherung, berührte er den von den Unternehmern gestellten Antrag auf Abbau der Arbeitslosenversicherung. Er empfahl jedem Kollegen, mehr als bisher sich in diese Materie zu versetzen und bei den kommenden Wahlen nicht heiserte zu stehen. Starker Beifall belohnte den Vortragenden für seine interessanten Ausführungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die stark besuchte Bezirksversammlung des Bezirks Greifswald protestiert auf das entschiedenste gegen den Versuch auf Abbau der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung. Wir fordern vom ADGB und der SPD, daß sie sich mit allen Mitteln gegen diesen Abbau wehren, selbst auf die Gefahr hin, daß hierdurch eine Regierungskrise entsteht.“ Ein Antrag des Bezirksvorsitzenden, den Vorstand von vier auf sieben Mitglieder zu erweitern, wurde einstimmig angenommen. Die hierauf vorgenommene Wahl des Bezirksvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Der Gaubeitrag wurde in alter Höhe beibehalten. Zum Ort der nächsten Tagung wurde Putbus gewählt.

Hamburg. Drucker. — Vierteljahrsbericht. Am den im Sommer fauen Versammlungsbuch zu haben, wurden unsere Versammlungen durch technische Vorträge usw.

interessant gestaltet. Im Juli wurden Vorträge über die verschiedenen Druckerfahren gehalten. Kollege K e i n d o r f sprach über den Illustrationsdruck und ging über zu dem Drei- und Vierfarbendruck. Am Schlusse streifte er den farbigen Merkantildruck und betonte dabei, streng auf Qualitätsarbeit zu achten, denn nur diese sei in der Lage, manchem andern Druckerfahren strikte Konkurrenz zu bieten. Gleichzeitig machte er Mitteilung über die Abmachungen zwischen Buchdruckerverband und Steinbrückerverband, Offset- und Tiefdruck betreffend. — Das praktische Arbeiten an der Triasmaschine schilderte Kollege B e h r. Er zeigte den Kollegen dabei Druckerzeugnisse, die allgemeinen Beifall fanden. Über Offsetdruck sprach Kollege S p o h n, über Tiefdruck Kollege B r i e h. Auch hier wurden die Ausführungen durch Druckproben der verschiedenen Verfahren unterstützt. — Am 13. Juli referierte Kollege K e i n d o r f über den Druckerkongress in Frankfurt a. M., wündigte die Arbeit des Kongresses und der Frankfurter Kollegen zur Vorbereitung des Kongresses. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden und begrüßte die englische Erlebigung der seitigen Berliner Rotationsfrage. Im „Technischen“ kam die Ausbildung der Lehrlinge zur eingehenden Aussprache. Kollege K e i n d o r f hob hervor, daß trotz der Mühe vieler Kollegen die Jugend eben andre Wege geht. Bei den vielen Kursen, die unser Verein veranstaltet, wo jedem jungen Kollegen sowie Lehrlingen im vierten Lehrjahr Gelegenheit gegeben ist, sich weiterzubilden, fehlen gerade diejenigen, die es am nötigsten gebrauchen. Sie huldigen dem Sport und vergeßen ihren Beruf. — Im August wurde bei herrlichem Wetter im nahen Binnberg ein Sommerfest veranstaltet, das unbedingt zur Hebung der Kollegialität mit beigetragen hat. — Die Septemberversammlung stellte den Winterarbeitsplan auf. Sodann sprach Kollege L e i p n i z über „Die maschinentechnische Entwicklung“. Die Aussprache, durch dieses Thema hervorgerufen, war eine ergiebige. Die unläuteren Kellern verschiedener Fabriken in bezug auf Leistungsfähigkeit erregten den Unwillen der Versammlung. Der „Eisapparat“ soll 24000 Illustrationsdrucke in der Stunde leisten? Wer ist der leidende Teil? Der Drucker, weil er nicht in der Lage ist, nur 500 Drucke einwandfrei herauszubringen. Kollege S h a r t l sprach noch über das Rent-Verfahren und über die Eingangsliche Zurückhaltung. In einer Zurückhaltung, die noch zwei Sandjuristungen erforderlich machte, erlahmte man die Unvollkommenheit dieses Verfahrens. Alle Versammlungen brachten neue, interessante Themen, so daß der Besuch unbedingt besser werden muß. Darum werbt für die Versammlungen!

Königsberg. In unserer Versammlung am 15. September machte Vorsitzender H u b e zuerst das Eingehen der Firma Wagnia bekannt, die in den letzten Jahren der Gesundheitsorganisation unermessliche Arbeit und Scherezeien bereitet hat. Es würde nur ein Nutzen für das Buchdruckergerberde am Orte sein, wenn noch mehrere solcher fraglichen Existenzen verschwinden würden. Ferner wurde bekanntgegeben, daß die Klagen gegen die Firma Lanseit betreffs Beurlaubungsfragen nicht aufhören, so daß unsere Organisation gegen Lanseit, der sogar Vorsitzender des hiesigen Gauausschusses ist, Beschwerde bei den zuständigen Stellen erhoben hat. Zum Punkt „Die in Aussicht stehende Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes“ hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die bis jetzt bekannt gewordenen Entwürfe. Von sämtlichen Debatte-rednern wurde scharfe Kritik an den geplanten Verschlechterungen geübt. Nicht Abbau, sondern weiterer Ausbau der Arbeitslosenversicherung müsse von der Arbeiterschaft gefordert werden. Folgende Entschöpfung wurde einstimmig angenommen: „Die Königsberger Buchdrucker im ADGB erheben Protest gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Sie erwarten vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den beiden politischen Arbeiterparteien, daß auch die geringste Verschlechterung mit allen Mitteln bekämpft wird, weil die kapitalistische Klasse in Deutschland an dem Elend unserer Erwerbslosen allein die Schuld trägt.“

Münster i. Westf. Unsere dritte Bezirksversammlung fand am 8. September in Dede statt. Sie hatte einen sehr schwachen Besuch aufzuweisen, trotz der wichtigen Tagesordnung. Einige Orte hatten überhaupt keinen Vertreter entsandt. Nachdem bereits am Vormittag die Kollegen in Dede eingetroffen waren, erfolgte unter Führung der dortigen Kollegen eine Besichtigung der Stadt. Nach einem gemeinsamen Mittagssnahl begannen nachmittags 2½ Uhr die Beratungen. Vorsitzender G r e i n e r gedachte zunächst des verstorbenen Kollegen Carl Kästner, der jahrelang im Bezirk ehrenamtlich gewirkt hatte. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Nach Vortrag eines Liedes der „Typographia“ Münster begrüßte Kollege G l e s e die erschienenen Gäste, beglückwünschte Kollege L o d e n b u s h namens des Ortsausschusses. Ausgenommen wurden sieben Kollegen. Der Vorsitzende kam dann auf einige unliebsame Fälle im Bezirk zu sprechen und mußte einige Kollegen öffentlich brandmarken. Man sollte sich mehr an Versammlungslieben beteiligen, mehr Gewerkschaftsdisziplin zeigen, dann kämen derartige Fälle nicht vor. Auch ermahnte er die Kollegen, sich an den Betriebsratkuren zu beteiligen. Den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, gab Kassierer W a l t e r. Für die prompte Kassenführung wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf folgte der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Berichterstaltung über die Verhandlungen des Gantages Rheinland-Westfalen in Bochum“. Die Referenten, Kollegen B a l t e r u n d K o g g e, verstanden es meisterhaft, den Kollegen des Bezirks einen Einblick in die oft sehr schwierigen Verhandlungspunkte zu gewähren, und die wichtigsten Verhandlungen vor Augen zu führen. Der den Referenten gelpendete Beifall bewies, daß die Versammlung mit ihren Ausführungen (namentlich auch mit der schnellen Berichterstaltung) einverstanden waren. Nach einer kurzen Debatte, an der sich vier Kollegen beteiligten, fand die Versammlung ihren Abschluß. Bis zur Abfahrt des Zuges blieb man noch einige Stunden gemüthlich beisammen, wobei die „Typographia“ Münster wieder Proben ihres Könnens ablegte.

Oberhein-Idar. Unsere Versammlung am 7. September nahm den Bericht des Kollegen Garten über den Gantage des Gantes Rheinland-Westfalen entgegen und trat nochmals in eine rege Aussprache über die Sterbegeldzuschußfrage ein. Daß der Verbandsstagsbeschluf den Gauvorsitz dazu bestimmt hat, jedes Suchen nach Befriedigung alter Mitgliederrechte abzulehnen, kann nicht verstanden werden, muß vielmehr das Empfinden geschehener Unrechts noch verstärken. Unter diesem Eindruck wurde auch der diesbezügliche Beschluf des Bochumer Gantages sichtlich ausgenommen. Eine ebenfalls längere Aussprache widmete man der Lehrlingsabteilung und der Lehrlingsordnung.

Köln. Am 15. September hielt der Bezirk Köln gemeinsam mit dem Bezirk Neustrelitz in Teterow i. Meckl. eine Bezirksversammlung ab. Eingeleitet wurde diese durch zwei Gantagsvorträge der Kölnoder „Typographia“. Zunächst wurde das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt. Die einzelnen Drudorte gaben sodann einen Situationsbericht über die gewerbliche Lage. Hierauf hielt Kollege B u r m e i s t e r (Lübeck) einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“. Der Referent streifte den Industrieverband, das Schließungsweesen, die Invalidenunterstützung und das Arbeitslosengegeld. Der in allen Punkten interessante Vortrag wurde mit Beifall befolgt. Ein weiteres Referat hielt Gauvorsitzer D a h n e (Schwerin) über „Der Verbandstag in Frankfurt a. M.“. Wegen der vorgekehrten Zeit mußte er sich auf die Haupttagungspunkte beschränken. Mit der Erlebigung verschiedener interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß. — Eine gemeinsame Mittagssnahl sowie ein Spaziergang in die herrliche Umgebung von Teterow füllten den Nachmittag aus. Teils per Bahn, teils per Auto fußren dann am Abend die zahlreich erschienenen Kollegen in ihre Orte zurück.

Stettin. (Drucker.) Unsere Wanderversammlung fand am 15. September in Kolberg statt, mit dem Zweck, eine Vereinigung Ostpremierer Drucker ins Leben zu rufen. Vorsitzender B ä h r begrüßte den Referenten Kollegen Krauß vom Kreisvorsitzenden Berlin und den Kollegen Gehrt vom Bezirksvorsitzenden Kolberg. Eingehend auf die rapide Entwicklung in unserm Beruf, der technisch gute Kräfte verlangt, betonte er, daß diese Tatsache geradezu zum Zusammenschluß in der Sparte zwecks technischer Fortbildung auffordere. Es konnte festgestellt werden, daß die Kölniner Kollegen vollständig erschienen waren. Nachdem noch Kollege Gehrt die Kollegen begrüßte und der Tagung einen guten Verlauf gewünscht hatte, überbrachte Kollege K r u g die Grüße des Kreisvorstandes Berlin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sämtliche Kollegen erfasst und eifrige Mitglieder der Sparte werden mögen. Anschließend referierte er über das Thema: „Die Sparte der Drucker im Verband der Deutschen Buchdrucker“, ihre Aufgabe, Zweck und Ziel. Als Aufgabe der Sparte bezeichnete der Referent die kollegiale und ideale Selbsthilfe der Mitglieder sowie die gegenseitige Unterstützung bei technischen Schwierigkeiten und Neuerungen. Eine andre Aufgabe sei die Durchführung der tariflichen Bestimmungen, unter denen die des Einmaschinenwesens als die wichtigste anzusehen sei, um die ungeheure Arbeitslosigkeit zu verringern. Des weiteren wurde betont, daß die jetzige Beurlaubungsabteilung vollständig überholt wäre und eine neue Stafflung das Gebot der Stunde sei. Auch auf die erhöhte Unfallgefahr, hervorgerufen durch unvorsichtiges Arbeiten infolge der überlasteten Arbeitsweise, die heute gefordert würde, wurde hingewiesen. Zum Schluß ermahnte der Referent besonders die junge Generation, zur Befestigung der wirtschaftlichen Verhältnisse beizutragen und dem Sport in zweiter Linie zu huldigen. Reicher Beifall lohnte die sachlichen und orientierenden Ausführungen, und Kollege B ä h r dankte dem Referenten im Namen der Versammlung. In der nun folgenden Aussprache kam die Bereitwilligkeit der Kollegen zum Anschluß an die Sparte zum Ausdruck, und anschließend daran konnte die Vereinigung Ostpremierer Drucker aus der Taufe gehoben werden. Im Anschluß daran gab Kollege K r u g einen kurzen Bericht vom Druckerkongress in Frankfurt a. M. — Einer photographischen Aufnahme schloß sich eine gemeinsame Mittagssnahl an. Am Nachmittag hielt ein Rundgang durch die Stadt und zum Strand die Kollegen bis zur Abfahrt gefellig beisammen.

Tilfit. Am 8. September fand in Goldap eine allgemeine Buchdruckerversammlung des Agitationsbezirks Tilfit statt. Zu dieser Tagung konnten wir unsern Gauvorsitzer Reiner sowie die Kollegen Krauß und Bienen vom Gauvorsitz, als auch den Kreisvorsitzenden der Bildungsverbandsgruppe, Kollegen Franz (Königsberg), begrüßen. Aus sieben Orten waren 70 Kollegen anwesend. Der Vorsitzende des Goldaper Ortsvereins, Kollege F e r n i g, begrüßte die Erschienenen und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Tagung einen guten Verlauf nehmen möge. Zur Einleitung sang der Gesangverein „Gutenberg“ Tilfit zwei Chöre. Hierauf eröffnete Kollege F a t h e i t als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksvorsitzenden Tilfit die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung. Kollege K e i s n e r sprach sodann über „Die Aufgaben unserer Organisation und unsere Pflichten“. In seinen Ausführungen ging er auf die erzwungenen Verbesserungen ein, die durch die Organisation erreicht sind. Bisfit der Geschäftsbericht sei es, die kritischen und geschäftlichen Bestimmungen hochzuhalten und durchzuführen. Im besonders behandelte Redner das Betriebsratgegeld, die Erwerbslosenunterstützung und Arbeitsgerichtsgegeld. Ferner teilte er mit, daß im Gau Ostpreußen die Buchdrucker seit dem 7. Juli zur Krifenunterstützung zugelassen worden sind. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte der Referent die Kollegen, durch regen Versammlungsbesuch sowie aktive Beteiligung an allen Veranstaltungen Mitförderer der Organisation zu werden und sich damit als würdige Stützen des Verbandes zu erweisen. Reicher Beifall war der Lohn für die vortrefflichen Ausführungen. Hierauf wurde ein faktenreicher Vortrag vom Kollegen K r a u z gehalten. Er streifte die Entwicklung der Saptchnik bis zur neuen Typographie, wobei er an Hand von mitgebrachten Mustern nähere Erläuterungen gab. Auch hier war reicher Beifall der Dank für die sachlichen Ausführungen. Namens der Versammlung sprach Kollege

